

Samstag war wie damals... Bericht und Kommentar

Berlin (AR).

Rechtsextreme Aufmärsche am Samstag den 18.10.2008

Der sogenannte "Nationale Widerstand" und der Kreisverband Tempelhof-Schöneberg der NPD Berlin riefen am Samstag den 18.10.2008 zu einer Demonstration unter dem Motto "Gegen: Kindesmisshandlung, Verwahrlosung unserer Kinder, Kinderschänder. Die Zukunft unserer Kinder geht uns alle an! " auf. Mit diesem Motto bedienen sich die Nazis einer Thematik, welche die Naziszene - auch über die ohnehin eng miteinander verbundenen Berliner NPD und Freie Kräfte hinaus - spektrenübergreifend vereint.

Bis August 2008 saß die NPD in der BVV

Angemeldet wurde der Naziaufmarsch von Hans-Joachim Henry und Gesine Hennrich, beide aktive Mitglieder der Berliner NPD. Henry kandidierte 2006 auf Platz 2 der NPD-Liste für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg und betreut die Homepage des dortigen Kreisverbandes. Von März 2007 bis August 2008 war er Mitarbeiter der Marzahn-Hellersdorfer NPD-Fraktion. Hennrich ist Vorsitzende und Organisationsleiterin des NPD-Kreisverbandes Marzahn-Hellersdorf, sowie die Leiterin der RNF (Ring Nationaler Frauen)-Gruppe 2 in Berlin. In den vergangenen Monaten zählten die zwei mit zu den umtriebigen Akteuren der Berliner NPD, kaum ein Aufmarsch, eine Infoveranstaltung oder ein Infostand bei dem die beiden nicht anwesend waren.

Hoher Grad an Aktionismus

Dieser hohe Grad an Aktionismus erklärt nun auch die ungewöhnliche Ausgangslage an diesem Tag. Die NPD sollte an diesem Tag nicht geschlossen marschieren. Der Berliner Landesvorstand hatte bereits von vornherein ihrer Kameradin Gesine Hennrich klar gemacht, dass die NPD zurzeit keinerlei Handlungsbedarf zu diesem Thema erkennen könne. Auch das Motto der Nazi-Demonstration war Gegenstand der Auseinandersetzung. So berichtete das „Neue Deutschland“ am 16. Oktober, dass der „Ring Nationaler Frauen“ diesen Aufmarsch ursprünglich unter dem Motto „Tod den Kinderschändern“ bei der Versammlungsbehörde angemeldet hatte. Offenbar habe die NPD-Führung den RNF, maßgeblich vertreten durch Gesine Hennrich, davon abringen wollen. Umso erstaunlicher, forderten doch der Berliner NPD-Vorsitzende Jörg Hähnel und sein Vorgänger Eckart Bräuniger erst am 21. Juni 2008 auf einer Demonstration des NPD Kreisverbandes Barnim-Uckermark in Joachimsthal unter dem Motto „Sicherheit, Recht und Ordnung – Keine Gnade für den Täter!“, dass das Volk in Selbstjustizmanier das Recht selber in die Hand nehmen und Kinderschändern die Rübe abgeschlagen werden solle, wenn alles nichts helfen sollte.

Aufgreifen des Kinderschutzthemas gehört zu den beliebten Dauerthemen des rechtsextremen Spektrums

Die Forderung nach solch archaischen Strafen für Menschen, die sexualisierte Gewalt an Kindern ausüben, gehört zu den beliebten Dauerthemen des rechtsextremen Spektrums. Die Neonazis nutzen die Wut und das Entsetzen, um ein Thema, das in der Öffentlichkeit lediglich emotionalisiert und im Skandalfall diskutiert wird, für ihre Propaganda zu besetzen. Die Todesstrafe entspringt ihrem Bild der Gesellschaft als „Volksgemeinschaft“, in dem „schädliche Elemente“ keinen Platz haben und deshalb „eliminiert“ gehören. Sie sprechen es noch nicht offen aus, aber die Todesstrafe wünschen die Neonazis auch anderen - in ihren Augen - „Volksfeinden“, wie Jüdinnen und Juden, politisch Andersdenkende, Homosexuelle, „Behinderte“.

Paradoxerweise gehört zur NS-Ideologie die Vorstellung der Familie als Keimzelle des „Volkes“ und der „Nation“, die es zu bewahren und zu

fördern gilt; also ausgerechnet dem gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem die meiste sexualisierte Gewalt ausgeübt wird.

Die NPD versucht Angst zu schüren

Mit populistischen Parolen versucht die NPD Angst zu schüren und aus verabscheuungswürdigen Verbrechen Kapital zu schlagen. Die Neo-Nazis nutzen grausame Verbrechen an Kindern, um ihre simplen und irrationalen "Lösungen" von Selbstjustiz und drastischen Strafen anzubieten. DIE LINKE, Marzahn-Hellersdorf und andere antifaschistische Gruppen und Parteien im Bezirk haben diesem Aufmarsch demokratischen und bunten Protest entgegengesetzt. Wir riefen daher alle BürgerInnen dazu auf, gegen diesen Naziaufmarsch zu protestieren. Dass Nazis öffentlichen Raum einnehmen ist nicht akzeptabel. Die demokratischen Parteien und Gruppen des Bezirkes haben in den vergangenen Jahren aktiv im Kampf gegen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus zusammengearbeitet. Das ehrenamtliche Engagement außerparlamentarischer Gruppen und die Zusammenarbeit von bezirklicher Verwaltung, freien Trägern und Bürgerinitiativen hat ein besseres Bewusstsein im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen bewirkt. Der angekündigte Aufmarsch der Nazis macht deutlich, dass dieses Engagement weiter gefordert ist. Heute gilt es braunen Parolen auch auf der Straße mit demokratischen Alternativen zu begegnen.

Samstag war wie damals....

Faschismus und öffentliche Auftritte der Neonaziorganisationen können nicht akzeptiert werden. Die Geschichte hat ja hinlänglich gezeigt, was geschieht, wenn man "dem braunen Mobb" blindlings folgt oder ihn ignoriert. Heut zu Tage werden die Rechtsradikalen vor den Gegendemonstranten geschützt. In einem Staat, dessen Lenker vom Volk gewählt werden. Und so war es dann auch. Die Gegendemonstranten wurden abgeschirmt, eingezäunt und festgehalten von den Polizeiorganen, wenn diese die Einzäunungen verlassen wollten. Unter den Gegendemonstranten befanden sich Bürger jeden Alters. Kinder, Jugendliche und auch ältere Frauen und Männer. Die

Demonstranten des "Nationalen Widerstandes" dagegen wurden vor den friedlichen Bürgern geschützt und konnten sich FREI bewegen. Es ist unbegreiflich, dass faschistische Parteien Geld vom Staat bekommen, um sich politisch zu etablieren. Ebenfalls unbegreiflich für viele Bürger, am Samstag, "dass die "eigentlich Gefährlichen" vor den friedlichen Bürgern geschützt wurden- von unseren Steuergeldern." Ein Verbot dieser Parteien ist sicher nicht die alleinige Lösung, man muß sie aber nicht noch salonfähig machen, durch finanzielle Unterstützung mit Steuergeldern!

Wichtig ist, die Gesellschaft über Gefahren die von dieser Bewegung der Neonazis ausgehen, zu informieren und Prävention zu betreiben denn, als ich eine „Lücke“ fand in der Absperrung, ging ich „auf die andere Seite rüber“, machte Fotos und sah mit Bestürzung die Menge der Zuhörer und Zuhörerinnen, die sich um circa 350 Neonazis scharrten und begeistert applaudierten. Samstag beschlich mich ein Gefühl, wie es wohl „Damals“ anfang...

Weitere Informationen sowie eine Ansprache vom 18.10.2008 der Vizepräsidentin des Bundestages [Petra Pau](#), die ebenfalls zu den Gegendemonstaratneten gehörte, finden Sie unter:

<http://medientante.unddu.de/Gegen%20Rechts>

Video:

http://video.web.de/movie/5308271/Demokraten_geschlossen_gegen_Rechts

Fotos: Copyright Amina Runge

Video: Copyright Amina Runge